

25. / III. 1916.

Vertrauen entgegenbringen und beweisen? Das wäre an sich eine vollkommen und allseitig gleichgültige Angelegenheit gewesen, und da das Vorgehen der Minderheit wider einen Fraktionsbeschluss verstieß, war es Sache der Fraktion, das Nötige nachträglich zu veranlassen; die anderen Parteien brauchten sich nicht aufzuregen. Auch wenn Herr Haase der Regierung sein Vertrauen verweigerte, weil er unter „Neuorientierung“ der Politik etwas anderes versteht als sie, konnte man mit einem Achselzucken darüber hinweggehen. Es war am letzten Ende eine schlecht gespielte Komödie. Wenn es etwas gibt, was die „Neuorientierung“ jetzt und in Zukunft erschweren könnte, so sicherlich das Gebaren der Haase, Liebknecht, Ledebour und Genossen. Aber selbst bei der schönsten, der allerschönsten „Neuorientierung“ — würden diese „Genossen“ im „Klassenstaat“ etwa für den Haushalt stimmen? Und wie müßte die Regierung aussehen, der sie ihr Vertrauen bezeugten? Komödie, nichts als Komödie, die ganze Begründung der Ablehnung.

Aber Herr Haase begnügte sich nicht mit Betrachtungen über die innere Politik, er sprach von Krieg und Frieden, vom „durchbrechenden Willen der Völker“, von der Ausichtslosigkeit der Bemühungen, den Gegner auf die Knie zu zwingen, von der Ruhlosigkeit weiteren Kampfes: „Es wird weder Sieger noch Besiegte geben. Europa geht der Verarmung entgegen. Was hat die Fortsetzung des Krieges noch für einen Sinn? Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen...“ In diesem Tone ging es weiter. Daneben gab es Phrasen von der Völkersolidarität — in einem Augenblick, wo die Völker drüben dem deutschen Volk hüben einmal über das andere die Vernichtung ankündigen. Herr Haase hält es vermutlich für den Gipfel der Ungerechtigkeit, wenn man ihm und seinen Gesinnungsgenossen Vaterlandsliebe abspricht. Aber sie haben eine merkwürdige Art, diese Vaterlandsliebe zu betätigen. In demselben Tage, wo mitgeteilt werden kann, daß Millionen Deutscher aus allen Klassen, Ständen und Parteien der Regierung abermals mehr als zehn Milliarden Mark zur Kriegführung dargebracht haben, verweigern die um Haase und selbstverständlich die Herren Liebknecht und Nölde den Nothaushalt und schreien nach Frieden. Als ob damit der Krieg beendet und nicht vielmehr höchstens verlängert würde! Wenn die Feinde hören, daß nicht einmal mehr im deutschen Reichstag an den deutschen Sieg geglaubt wird, wie soll ihnen da die Lust ausgehen, den Krieg fortzusetzen? Und obenein, wenn, der also redet, bis vor kurzem der Führer der größten Partei im Parlament wie im Volke gewesen ist.

Nun hat sich handgreiflich — beinahe in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes — gezeigt, daß hinter Herrn Haase nichts steht, als eine kleine Gruppe politischer Desperados. Wie geißelte gestern nicht die große Mehrheit der Sozialdemokraten das Verhalten des Herrn Haase als Heimtücke, Feigheit, Ueberfall, Niedertracht! Wie gingen sie nicht mit ihm und seinen Einbläsern ins Gericht! Und welcher stürmische Beifall wurde nicht dem Genossen Scheidemann zuteil, als er ebenso würdig wie nachdrücklich den Standpunkt der großen Mehrheit seiner Freunde vertrat! Wo das Herz des Volkes und insbesondere auch der Arbeiterschaft schlägt, das konnte man unzweideutig erkennen: nicht bei den „wilden Männern“, die bei dem Revolutions-Geschwätz und der „Internationale“ und der „erprobten Taktik“ um jeden Preis beharren, sondern bei denen, die wie am 4. August 1914, so auch jetzt das Vaterland in der Stunde der Not nicht im Stich lassen wollen.

Und das werden die Feinde beachten dürfen, auch wenn die Rabel-Parabellum und Julian Borchardt nun wieder mit

Herrn Haase zufrieden sind: im Grunde war es viel Lärm um nichts; denn Herr Haase und seine Handvoll Nachtreter haben keine Bedeutung; ihnen gilt mit Fug der alte Spruch:

Glaubt nicht, wenn ihr Skandal erregt,
Ihr hättet schon die Zeit bewegt.

Zur Vorgeschichte der Spaltung wird uns berichtet:

Im Reichstag, wo sich bis in die späten Abendstunden hinein ungewöhnlich viel Abgeordnete aufhielten, bildete der Vorstoß des Abgeordneten Haase und seiner Anhänger in der gestrigen Sitzung natürlich fast ausschließlich das Unterhaltungsthema. Die sozialdemokratische Fraktion war bald nach Beendigung der Plenarsitzung zu einer Sitzung zusammengetreten, die aber nicht allzu lange gedauert hat, und in der es auch verhältnismäßig ruhig zugegangen sein soll. Ähnlich wie bei dem letzten Disziplinbruch Liebknechts habe die Mehrheit auch gegen Haase und seine Anhänger eine sehr scharfe Resolution gefaßt, die neben dem Disziplinbruch besonders den Treubruch verurteilt, den Haase dadurch verübt hat, daß er seinen Vorstoß ohne jede Ankündigung bei den zuständigen Instanzen vorgenommen hat. Abgeordneter Haase habe das Vertrauen der Fraktion mißbraucht und deshalb die Rechte aus der Fraktionszugehörigkeit verwirkt.

Die 18 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die gestern eine neue Fraktion gebildet haben, haben zusammen mit den zwei schon früher aus der Fraktion ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Liebknecht und Nölde am 21. Dezember v. J. gegen die Kriegskredite gestimmt. Somit haben also alle 20 Kreditverweigerer vom 21. Dezember ihren Austritt aus der Fraktion erklärt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß von den 22 Abgeordneten, die in der Fraktion am 19. Dezember gegen den Kriegskredit gestimmt hatten, zwei Tage darauf aber bei der Entscheidung im Reichstag unter Wahrung der Fraktionsdisziplin ihrer Ueberzeugung durch Verlassen des Saales Ausdruck gegeben haben, bisher wenigstens, nicht ein einziger den 20 Gefolgschaft leistet bei ihrem Sprung ins Dunkle.

Der Reichskanzler im Reichstag.

Bei Wiederaufnahme der Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstages wird, wie bestätigt werden kann, auch der Reichskanzler im Haushaltsausschusse erscheinen um dort Erklärungen über die schwebenden Fragen abzugeben. Voraussetzlich wird der Reichskanzler auch in einer der ersten Sitzungen des Reichstages, wenn der Etat des Reichskanzlers oder derjenige des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung steht, das Wort ergreifen.

Personalmeldungen. Dem Unterstaatssekretär im Reichspostamt Granzow ist der Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat „Exzellenz“ verliehen worden. Unterstaatssekretär Granzow steht seit 1871 im Reichspostdienst. Schon in den achtziger Jahren war er längere Zeit im Reichspostamt tätig und kam, nachdem er zwischendurch Postinspektor und Postrat in Aachen, Oppeln und Köln gewesen war, 1898 als ständiger Hilfsarbeiter wiederum in das Reichspostamt, in dem er zwei Jahre später zum vortragenden Rat aufrückte. Ende 1900 wurde er Oberpostdirektor in Düsseldorf, wurde aber ein Jahr darauf wieder in die Zentralbehörde zurückberufen und gehört ihr seitdem ununterbrochen an. 1908 wurde er Direktor und 1911 Unterstaatssekretär.

Der vortragende Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Geh. Oberbaurat Paul Gerhardt hat den Charakter als Wirklicher Geheimer Oberbaurat erhalten. Gerhardt, der früher längere Zeit die Bearbeitung der meliorationstechnischen Angelegenheiten der Provinz Brandenburg hatte, ist seit 1902 vortragender Rat der III. Abteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Er ist Ritter des Eisernen Kreuzes aus dem Kriege 1870-1871.

In der hessischen zweiten Kammer ist ein Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Osann einstimmig angenommen worden, der lautet: „Die Kammer wolle beschließen, an

Die gleiche, allgemeine Grundschule.

Von

Dr. Ferdinand Jakob Schmidt.

Professor der Pädagogik an der Universität Berlin.

Mit den nachstehenden Darlegungen Professor Dr. Schmidts schließen wir die Debatte über die Einheitschule, die durch den Vortrag des Verfassers in der Comenius-Gesellschaft entfeuert worden war:

Noch ehe der Vortrag über „Das Problem der nationalen Einheitschule“ im Druck erschienen ist, hat er bereits auf Grund des Berichtes der „Vossischen Zeitung“ zu einer Reihe von Erörterungen Anlaß gegeben. In einer würdigen und jede persönliche Berührung meidenden Weise hat W. Rein die Hauptpunkte seiner Auffassung über diese so überaus wichtige Angelegenheit noch einmal kurz zusammengefaßt. Hätte er nun meine Ausführungen vollständig gekannt, so würde er daraus erkennen haben, daß in bezug auf die Grundforderung erfreulicherweise volle Uebereinstimmung zwischen uns herrscht. Was sich uns in von ganz verschiedenen Wegen der Untersuchung aus ergeben hat ist die Einsicht, daß die vom preussischen Kultusministerium bereits vor hundert Jahren verlangte Einigung unseres gesamten Schulwesens heute eine unausschiebbare Angelegenheit geworden ist. Geleitet vom Geiste der inneren Notwendigkeit, ist demnach hier ein Verständigung von fundamentaler Bedeutung erzielt, die sich in dem Satz ausdrücken läßt: Unser die niederen, mittleren und höheren Schulen bisher nur äußerlich verknüpfendes Schulsystem muß im Gesamtinteresse der Nation zu einem einheitlichen, von einem gemeinsamen Prinzip bestimmten Schulorganismus ausgestaltet werden.

Eine Verschiedenheit der Ansichten, und zwar eine solche von grundsätzlicher Art, tritt dagegen in bezug auf das Projekt einer Grund- oder Gleichheitsschule auf. Zunächst weise ich darauf hin, daß es nur irreführend ist, wenn auch diese allgemeine Volksschule als „Einheitschule“ bezeichnet wird. Denn die Einheit soll ja nicht von einer bestimmten Schule, sondern nur von dem ganzen Schulorganismus gelten, und deshalb würden sehr viel Mißverständnisse beseitigt werden, wenn der Ausdruck „Einheitschule“ ganz vermieden würde. Was gemeint ist, das ist vielmehr dies: es sollen ausnahmslos alle